

Pflicht zum Bericht



Nachhaltigkeit. In den kommenden Jahren müssen aufgrund einer neuen EU-Richtlinie sukzessive immer mehr Unternehmen in Deutschland jährlich detailliert Auskunft über ihr Engagement in Sachen Nachhaltigkeit geben. Übergeordnetes Ziel ist es, mehr Investitionen in perspektivisch klimaneutrale Geschäfte anzustoßen. Welche Auswirkungen die Berichtspflicht in der Praxis hat und welche Probleme auf die Betriebe zukommen, erklärt Friedemann Stock, Nachhaltigkeitsbeauftragter der Firma Stihl, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Immobilien

Die Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt bleibt angespannt, denn die Bevölkerung wächst stärker als gedacht und es wird deutlich zu wenig gebaut.

—> [Seiten 8-9](#)

Arbeitsmarkt

Selbstständige schätzen ihre berufliche Freiheit zwar, verzweifeln aber immer häufiger an der hiesigen Bürokratie und rechtlichen Hürden.

—> [Seiten 14-15](#)

CSR, SFDR und jetzt noch CSRD



Nachhaltigkeit. Um Investitionen in zukunftsfähige und perspektivisch klimaneutrale Unternehmen anzukurbeln, hat die EU neue Vorgaben und Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt. Die detaillierte Berichtspflicht erfordert allerdings nicht nur Zeit und Personal, sondern betrifft künftig auch deutlich mehr Unternehmen.

Viele Unternehmen in der EU müssen künftig folgende Fragen detailliert beantworten: Welche Auswirkungen haben die betrieblichen Tätigkeiten auf Umwelt-, Sozial- und Menschenrechte sowie auf die Weise, wie das Unternehmen geführt wird, also auf dessen Governance? Wie widerstandsfähig ist das eigene Geschäftsmodell gegenüber Risiken im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten? Und wie will das Unternehmen sicherstellen, dass seine Tätigkeit mit dem Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft vereinbar ist?

Diese Fragen stammen aus dem Referentenentwurf des Bundesjustiz-

ministeriums zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Diese Corporate Sustainability Reporting Directive, kurz CSRD, sollte eigentlich bis zum 6. Juli von allen EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden, ist aber noch ausstehend.

Ziel der EU-Richtlinie ist es, verlässliche und anhand verbindlicher EU-Standards vergleichbare Nachhaltigkeitsinformationen zur Bewertung von nicht finanziellen Unternehmensleistungen zu erhalten. Finanzmarktakteure wie Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften müssen bereits seit 2021

genauere unternehmens- und produktbezogene Informationen im Hinblick auf Nachhaltigkeitskriterien offenlegen, um Anlegern eine nachhaltige Investitionsentscheidung zu ermöglichen. Geregelt ist dies in der Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR). Auch große Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Beschäftigten sind seit 2017 laut CSR-Richtlinie (Non-financial Reporting Directive) verpflichtet, Informationen über ihre Geschäftstätigkeit und den Umgang mit sozialen und ökologischen Herausforderungen im Rahmen einer nicht finanziellen Erklärung offenzulegen. CSR steht hierbei für Corporate Social Responsibility, also die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen.

Bislang sind etwa 500 große Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Beschäftigten in der Bundesrepublik berichtspflichtig. Bis 2028 wird die Berichtspflicht etappenweise ausgeweitet; künftig sind in Deutschland etwa 15.000 Unternehmen unmittelbar betroffen – nicht nur große Unternehmen, sondern alle kapitalmarktorientierten Unternehmen (außer Kleinunternehmen) werden berichtspflichtig werden.

Berichtspflichtige Unternehmen müssen dabei ihre Lieferketten in den Blick nehmen. Das dürfte zur

Nachhaltigkeitsberichte: Die Motive

So viel Prozent der Unternehmen, die bereits Nachhaltigkeitsberichte erstellen, tun dies ...

... für direkte Geschäftspartner (aufgrund von Anforderungen seitens des/der Kunden oder des Auftraggebers)

72

... für die Belegschaft und die Öffentlichkeit

51

... für externe Kapitalgeber (z. B. um bessere Finanzierungsbedingungen bei Banken und am Kapitalmarkt zu erhalten)

23

Befragung von 863 Unternehmen aus der Industrie sowie unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen im Frühjahr 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Folge haben, dass sie ihre Zulieferer auffordern, Auskunft über die Nachhaltigkeit ihres Geschäfts zu geben. So ergibt sich eine Kaskade, die den Kreis der Betriebe, die sich mit den neuen Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung beschäftigen werden, deutlich vergrößert.

Und wozu das alles? Die neue CSRD-Nachhaltigkeitsberichterstattung soll Anlegern bei ihren Investitionsentscheidungen helfen, sprich: Die Kapitalströme sollen so in notwendige Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz umgelenkt werden, die zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 nötig sind. Die beiden Nachhaltigkeitsberichterstattungen CSRD und SFDR bilden zusammen mit der EU-Taxonomie, die ein einheitliches und verbindliches Klassifikationssystem für „grüne“ Wirtschaftsaktivitäten in der EU schafft, die drei wichtigsten Regularien zur EU-Offenlegungspflicht (siehe iwd 4/2022).

Zusätzlich müssen bereits im Rahmen des deutschen Lieferkettengesetzes große Unternehmen die Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten in Bezug auf Menschenrechte nachweisen (siehe iwd 13/2024). Mit der künftigen EU-Regulierung werden die Vorgaben und der Berichtskreis damit deutlich erweitert.

Noch sind bessere Finanzierungsmöglichkeiten aber nicht ausschlaggebend (Grafik Seite 2):

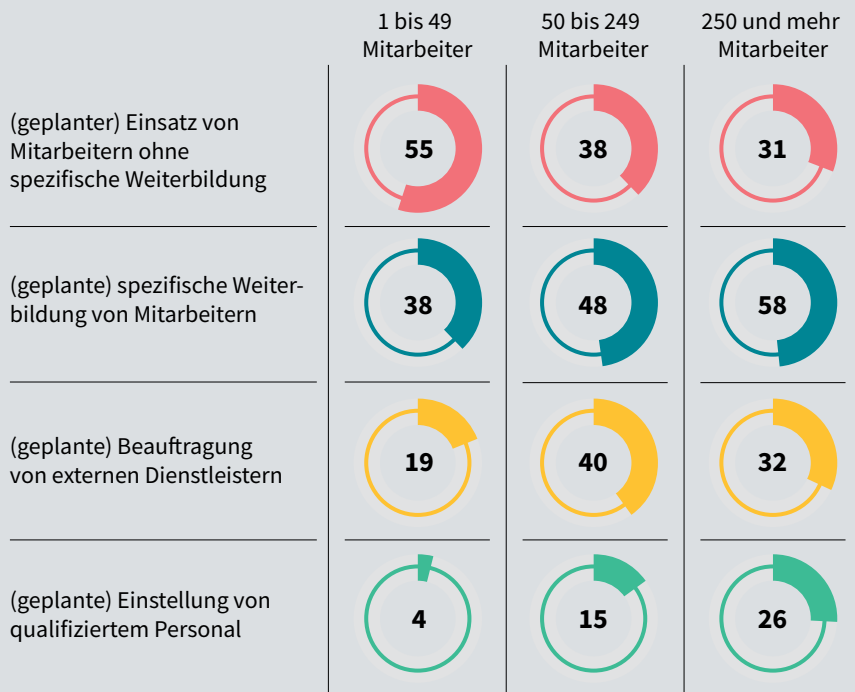
Rund 70 Prozent der Betriebe in Deutschland, die Nachhaltigkeitsberichte herausgeben, tun dies, weil ihre Kunden oder Auftraggeber dies wünschen oder verlangen.

Etwa die Hälfte publiziert Nachhaltigkeitsberichte für Belegschaft und Öffentlichkeit, nur 23 Prozent, um bessere Finanzierungsbedingungen bei Banken oder am Kapitalmarkt zu erhalten.

Dass dies alles nicht ohne entsprechenden Personaleinsatz

Nachhaltigkeitsberichte: Die Maßnahmen

So viel Prozent der Unternehmen, die bereits Nachhaltigkeitsberichte erstellen oder dies planen, ergreifen dafür diese Maßnahmen



Befragung von 863 Unternehmen aus der Industrie sowie unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen im Frühjahr 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



erfolgen kann, liegt auf der Hand. Das Bundesjustizministerium geht davon aus, dass die Einführung der CSRD-Berichtspflicht die Unternehmen in Deutschland einmalig knapp 750 Millionen Euro kosten wird, die jährlichen Aufwendungen taxiert es mit etwa 1,4 Milliarden Euro.

In den seltensten Fällen sind dafür Neueinstellungen erfolgt oder geplant. Vor allem kleinere Betriebe verfügen üblicherweise nur über begrenzte Ressourcen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, wie eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt (Grafik):

Nur 4 Prozent der kleinen Unternehmen, die bereits einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen oder dies planen, wollen für diese Aufgabe neues qualifiziertes Personal einstellen.

Mehr als die Hälfte der Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern delegiert Nachhaltigkeitsberichte an Mitarbeiter, die dafür nicht spezifisch ausgebildet sind. In mittelgroßen Unternehmen praktizieren dies 38, in großen Firmen noch 31 Prozent. Viele betroffene Unternehmen lassen ihre Mitarbeiter aber auch schulen, vor allem bei den größeren Betrieben ist dies die am weitesten verbreitete Maßnahme. Ebenfalls stark nachgefragt ist der Einsatz externer Dienstleister – so nehmen 40 Prozent der mittelgroßen Betriebe deren Hilfe in Anspruch oder planen dies.

IW-Kurzbericht 38/2024

Adriana Neligan, Thilo Schaefer, Edgar Schmitz:
Nachhaltigkeitsbericht: ja, aber wie?
iwkoeln.de/nachhaltigkeit

Interview. Die EU verpflichtet schrittweise immer mehr Unternehmen zu einer detaillierten Nachhaltigkeitsberichterstattung. **Friedemann Stock**, Nachhaltigkeitsbeauftragter beim Industrieunternehmen Stihl, erklärt im iwd-Interview, wie sein Betrieb damit umgeht und warum die neue Vorgabe zu Problemen führen wird.



Foto: Stihl

„Die Berichterstattung hält uns davon ab, die wichtigen Dinge anzugehen“

Stihl bringt seit drei Jahren freiwillig einen umfangreichen Nachhaltigkeitsbericht heraus. Warum machen Sie sich so viel Arbeit?

Vor allem intern wollten viele wissen, wie Stihl zur Nachhaltigkeit steht. Zwar haben wir schon vorher über unsere interne Kommunikation Informationen dazu weitergegeben, doch das Interesse war und ist darüber hinaus da. 2021 wurde erstmals der Posten des Nachhaltigkeitsbeauftragten mit mir besetzt.

Wir haben dann im Team, wenn man so will, die Sachlage bei Stihl geordnet. Anschließend kam der Gedanke auf: Wir können mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen,

indem wir einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen, den wir sowohl nach innen als auch nach außen kommunizieren können.

Der Nachhaltigkeitsbericht ist nur ein Baustein einer umfangreichen Nachhaltigkeitsstrategie Ihres Unternehmens. Was tut Stihl außerdem?

Der wichtigste Punkt beim Thema Nachhaltigkeit: Auch wenn man gern alle 17 globalen Nachhaltigkeitsziele gleichzeitig erfüllen möchte, muss man Prioritäten setzen. Diese Tatsache muss man akzeptieren. Für unsere Nachhaltigkeitsstrategie haben wir drei übergeordnete Punkte herausgearbeitet, unter denen wir unsere Aktivitäten bün-

deln: Ökosysteme, Kreisläufe und Sorgfalt – also zweimal eher technisch und einmal eher sozial orientiert. Das passt sehr gut zur Geschichte und zur Identität des Unternehmens.

Haben Sie Rückmeldungen – von innen oder außen – zu Ihren Aktivitäten bekommen?

Wir erhalten sehr viel positives Feedback von unseren Mitarbeitenden. Und man merkt, wie das Thema die Menschen beschäftigt. Im Vergleich zu anderen Themen erreichen unsere Nachhaltigkeitsbeiträge immer hohe Klickzahlen. Ich werde auch häufig auf dem Flur oder in der Kantine auf Nachhaltigkeits-themen angesprochen.

Außerhalb des Unternehmens war die Nachhaltigkeits-Community stets aufmerksam. Sie hat sich unsere Berichte sehr genau angesehen. Diese sind aufwendig gestaltet und umgesetzt: Der zuletzt erschienene hatte 83 Seiten. Dazu sehen sie sehr chic aus – das hat schon für positive Resonanz gesorgt.

Kann eine Firma, mit deren Produkten Wälder abgeholzt werden, überhaupt nachhaltig sein?

Diese Frage hören wir oft. Und diese Thematik ist nicht von der Hand zu weisen, wenn es zum Beispiel um den Regenwald geht. Zunächst will ich aber klar sagen: Wir finden die Vernichtung der Regenwälder sehr schlimm und unterstützen das in keiner Weise!

Dann muss man festhalten, dass die Hauptarten der Regenwaldabholzung das Brandrodung und der Einsatz von schweren Maschinen sind. Aber natürlich kann man mit unseren Geräten auch Unfug machen. Um dem entgegenzuwirken, stellen wir ausführliche Trainings- und Einweisungsmaterialien bereit. Und in Regenwaldgebieten vertreiben wir unsere Produkte nur über geschulte Fachhändler. Wir tun, was in unserer Macht steht, um den Missbrauch unserer Geräte zu verhindern. Doch fest steht auch: Es gibt Graubereiche, die man aus Unternehmenssicht nicht eliminieren kann.

Ab 2026 muss Stihl Nachhaltigkeitsberichte gemäß der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der EU erstellen. Wie werden sich diese Berichte von den bisherigen Berichten, die Ihr Unternehmen publiziert, unterscheiden?

In meiner Vorstellung ist das etwas völlig anderes als unsere aktuellen Nachhaltigkeitsberichte. Wir sind mit der CSRD in einem Pflichtbereich mit klaren Vorgaben. Das Endprodukt wird der finanziellen Berichterstattung, wie wir sie im Bundesanzeiger veröffentlichen, ähneln. Wir werden darin das berichten, was wir müssen – natürlich korrekt und genau.

Unsere Nachhaltigkeitskommunikation im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit werden wir aber sehr strikt von der CSRD-Berichterstattung trennen.

Können Sie abschätzen, was Sie die CSRD-Berichtspflicht jährlich kosten wird?

Die Pflicht ist sehr aufwendig. Grob geschätzt kostet sie uns etwa vier Stellen und einen sechsstelligen Eurobetrag pro Jahr zusätzlich. Die reine Datenerhebung ist nicht das große Problem, da haben wir schon viel Monitoring. Wir arbeiten gerade daran, ein gruppenweites System auszurollen, um die Energieverbräuche zu erfassen und uns in diesem Bereich weiter zu verbessern. Die Datensammlung für den CSRD-Bericht ist dann nur noch das „Sahnehäubchen“.

Was es für uns schwierig macht, ist die geforderte Vollständigkeit. Wir müssen überspitzt gesagt selbst im kleinsten Bürogebäude in einem Schwellenland Daten erheben. Das ist unfassbar viel Aufwand. Ich schätze, dass wir für die letzten 20 Prozent genauso lange brauchen wie für die ersten 80 Prozent.

Welche Schwierigkeiten sehen Sie noch in der CSRD-Nachhaltigkeitsberichterstattung?

Die rechtlichen Fragen sind schnell geklärt. Aber wir müssen in

eine kontinuierliche Kommunikation mit unseren Prüfern gehen. Wir werden mit ihnen und unseren Beratern gemeinsam sprechen müssen, um unsere Interpretation der notwendigen Schritte abzusichern. Diese Kommunikation kostet uns dann natürlich wieder Geld.

Begeisterung über die CSRD hört man bei Ihnen nicht heraus.

Wir haben uns bei Stihl eine Nachhaltigkeitsstrategie mit Schwerpunkten erarbeitet und wissen, was wir tun wollen. Die CSRD drückt uns jetzt wieder in die Breite und hält uns davon ab, die wichtigen Dinge anzugehen. Wir werden versuchen, in der Wesentlichkeitsanalyse zurück zu unseren Prioritäten zu kommen, das muss der Wirtschaftsprüfer aber erst mal akzeptieren. Das ist alles ein wahnsinniger Aufwand.

Ein Beispiel: Wenn wir ein Thema in der Berichterstattung ausschließen wollen, müssen wir das begründen, es gibt eine Beweisumkehr. Wie soll ich aber nachweisen, dass etwas aus unserer Sicht nicht relevant ist?

Oder wenn wir auf die Lieferketten schauen: Wie soll ich denn für jeden einzelnen Lieferanten wissen, wie viel Wasser er nutzt? Es ist absurd, dass ich in meiner Lieferkette alle Lieferanten in diesem Detailgrad abfrage.

Ich habe nichts gegen Nachhaltigkeitsberichterstattung, im Gegenteil. Aber die CSRD kommt so schnell und umfassend, dass die Ausschläge sehr groß sein können. Wenn ich schlussendlich ein eingeschränktes Testat erhalte und dadurch Schwierigkeiten in meiner wirtschaftlichen Tätigkeit bekomme, ist damit ein großes Risiko verbunden. Deshalb sind wir alle ein bisschen nervös.



Vom Lehrbuch zum Laptop

Ausbildung 4.0. Obwohl die Digitalisierung viele Chancen bietet, bereitet nur ein Teil der Ausbildungsbetriebe den Nachwuchs umfassend auf die Arbeit mit Computern und Co. vor. Ausbildungsnetzwerke können helfen, den Anteil zu erhöhen.

Ob für die Kommunikation im Team oder die mobile Zusammenarbeit – die Digitalisierung bietet Unternehmen und ihren Mitarbeitern zahlreiche Möglichkeiten, die in der analogen Arbeitswelt nicht vorhanden sind.

Der digitale Wandel kann auch die berufliche Ausbildung aufwerten und verbessern. Wie gut das schon funktioniert, hat das Netzwerk Q 4.0 untersucht (Grafik):

Rund jeder dritte Ausbildungsbetrieb zählte im Jahr 2022 zu den „digitalen Vorreitern“ beziehungsweise zu den „Ausbildungsunternehmen 4.0“.

Die Ausbilder dort vermitteln digitale Kompetenzen besonders intensiv, nutzen häufig digitale Lernmedien und machen sich regelmäßig mit der neuesten Technik in ihrem Unternehmen vertraut.

Außerdem tauschen sich die Ausbildungsunternehmen 4.0 am häufigsten mit anderen Akteuren zu Ausbil-

dungsfragen aus – beispielsweise mit Ausbildern aus anderen Unternehmen oder der Bundesagentur für Arbeit.

Besonders gut vernetzt sind sie mit den Berufsschulen. Rund zwei Drittel der digitalen Vorreiter stehen mit diesen in regelmäßigem Kontakt. Das läuft jedoch nicht immer reibungslos: Das unterschiedliche Tempo der Digitalisierung sehen rund 70 Prozent der Ausbildungsunternehmen 4.0 als Herausforderung in der Kooperation mit den Berufsschulen.

Doch auch viele Unternehmen haben noch Nachholbedarf in Sachen digitaler Ausbildung. Zwar nimmt seit der ersten Erhebung im Jahr 2019 der Digitalisierungsgrad in den Betrieben kontinuierlich zu, dennoch bildet noch immer etwa ein Fünftel der Befragten kaum digital aus – sie gelten daher als „digitale Nachzügler“. Anders als die „digitalen Vorreiter“ stehen sie nur mit wenigen Netzwerkpartnern im Austausch.

Vermutlich sind ihnen die Vorteile von Netzwerken und digitaler Ausbildung bisher nicht so bekannt.

Um das Potenzial der digitalen Ausbildung weiter auszuschöpfen, müssen die Nachzügler – und auch das große digitale Mittelfeld – künftig aktiver werden.

Ausbildungsnetzwerke können hier einen wichtigen Beitrag leisten, weil sich beispielsweise Unternehmen mit unterschiedlichem Digitalisierungsgrad über Ideen und Erfahrungen austauschen können.

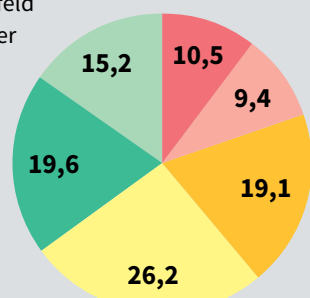
Außerdem sind die gemeinschaftliche Weiterbildung von Berufsschullehrkräften und Ausbildern sowie eine engere Zusammenarbeit mit Lernorten wie der Berufsschule wichtig. Dann wird die Digitalisierung in der Ausbildung ein durchschlagender Erfolg.

Ausbildung 4.0: Digitale Kompetenzen im Fokus

In so viel Prozent der Unternehmen erreichte die Ausbildung diesen Digitalisierungsgrad

Um den Digitalisierungsgrad in der Ausbildung zu bewerten, hat das Netzwerk Q 4.0 insgesamt 20 Indikatoren aus drei Bereichen bewertet und zu einem Index zusammengefasst

- 0 und 1 = digitale Nachzügler
- 2 und 3 = digitales Mittelfeld
- 4 und 5 = digitale Vorreiter



Befragung von 387 ausbildenden Unternehmen im Sommer 2022
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

iwd

Gutachten

Gero Kunath et al.: Netzwerke – Ein Innovationstreiber für die Ausbildung 4.0

iwkoeln.de/ausbildung-4punkt0

Eiszeit

Kaufkraft. Sommerzeit ist auch Zeit für Eis. Um sich einen der Klassiker am Kiosk leisten zu können, müssen die Bundesbürger in diesem Jahr etwas länger arbeiten als im Jahr 2022.

Mit höheren Temperaturen steigt die Lust auf eine Abkühlung. Der Griff in die Gefriertruhe des Kiosks im Stadtteil, Ferienort oder Schwimmbad ist dabei eine gern genutzte Option der Bundesbürger.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat für 2024 ausgewertet, wie lange die Menschen arbeiten müssen, um sich eine der beliebtesten Eissorten leisten zu können. Dazu haben die Forscher den durchschnittlichen Nettoverdienst pro Stunde in Relation zu den Eispreisen gesetzt. Besonders viel Zeit müssen Eisliebhaber demnach für einen Langnese-Klassiker investieren (Grafik):

Um sich ein Magnum leisten zu können, müssen die Bundesbürger in diesem Jahr durchschnittlich 7 Minuten und 17 Sekunden arbeiten.

Damit hat sich der Arbeitsaufwand im Vergleich zu 2022 so gut wie nicht verändert. Anders sieht das bei den ebenfalls beliebten Sorten Capri, Cornetto und Nogger aus: In allen Fällen stieg die notwendige Arbeitszeit pro Eis in den vergangenen zwei Jahren. Am stärksten fällt das Plus für ein Cornetto aus: 44 Sekunden mehr muss man arbeiten, um sich ein Eis dieser Sorte am Kiosk leisten zu können.

Die Daten zeigen, dass die hohe Inflation der vergangenen Jahre auch nicht vor den gefrorenen Leckereien haltgemacht hat – und die Lohnentwicklung da nicht ganz mithalten konnte, selbst wenn Eis in Deutschland weiterhin erschwinglich bleibt.

Eine Besonderheit gibt es beim Waffeleis Domino: Zwar ist auch hier die Zeit pro Eis im Vergleich zu 2022

gestiegen, allerdings liegt sie noch unter dem Wert aus dem Jahr 2000.

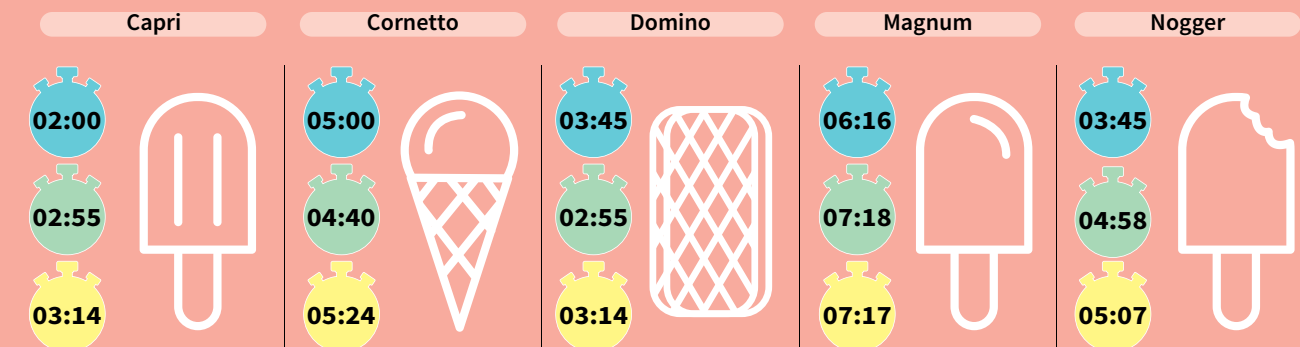
Wer beim Eiskauf generell sparen will, sollte sich übrigens statt an den Kiosk in den Supermarkt begeben, denn dort sind die Preise in den vergangenen Jahrzehnten langsamer gestiegen. Die Preise verteuerten sich in den bekannten Ketten seit der Jahrtausendwende um etwa die Hälfte. Am Kiosk sind sie je nach Sorte meist doppelt bis dreimal so teuer geworden.

Das hat vor allem zwei Gründe: Zum einen schlagen Personalkosten für einen kleinen Kiosk deutlich stärker zu Buche als für einen großen Supermarkt. Zum anderen ist die Zahlungsbereitschaft der Menschen bei einem Spontankauf in der Regel höher als bei einem geplanten Einkauf in einem Supermarkt oder beim Discounter.

Zeit für eine Abkühlung

So viele Minuten mussten beziehungsweise müssen die Bundesbürger im Durchschnitt arbeiten, um sich dieses Eis leisten zu können

■ 2000 ■ 2022 ■ 2024



Bau fällig

Immobilien. Die Nachfrage nach Wohnraum ist groß in Deutschland, vor allem in den Metropolen. Da die Bevölkerung schneller wächst als gedacht und die Zahl der Neubauten den Bedarf nicht deckt, dürfte die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter angespannt bleiben.

Jeder, der aktuell eine Wohnung sucht, dürfte ähnliche Erfahrungen machen: Das Angebot an Wohnraum ist knapp und das, was es zu mieten oder zu kaufen gibt, ist meistens ziemlich teuer. Das liegt daran, dass

in Deutschland schon länger zu wenig neue Häuser und Wohnungen gebaut werden. Laut einem IW-Gutachten für die Deutsche Reihenhaus AG lag die Bautätigkeit in den Jahren 2021 bis 2023 in der Bundesrepublik

im Verhältnis zum jährlichen Bedarf nur bei 79 Prozent. Da in diesem und dem kommenden Jahr angesichts sinkender Bauanträge nochmals deutlich weniger gebaut werden wird als zuletzt, dürfte der Wohnungsmangel zudem flächendeckend weiter zunehmen.

Die Gründe für die geringe Bautätigkeit sind bekannt: der Handwerkerangel, die schlechte Konjunktur, das hohe Zinsniveau, teure oder nicht lieferbare Materialien. So haben sich allein die Baukosten seit 2010 verdoppelt.

Aber warum brauchen wir überhaupt so viel neuen Wohnraum? Würde jeder Mieter oder Eigentümer einfach in seinen aktuellen vier Wänden wohnen bleiben, gäbe es keine Wohnungskrise. So weit die Theorie. Dieses Modell funktioniert allerdings nur, wenn es keine Mobilität und keine wachsende Bevölkerung gäbe. Deutschland wächst jedoch, und zwar deutlich schneller als ursprünglich gedacht:

Laut IW-Berechnungen wird die Einwohnerzahl von 2022 bis 2040 um rund 2,3 Prozent zulegen.

Dass die Bevölkerung wächst, liegt in erster Linie an der Zuwande-

Der Bedarf nach Wohnfläche steigt

Durchschnittliche Wohnfläche in Deutschland je Einwohner in Quadratmetern

	2021	2040
Westdeutsche Großstädte	44,6	47,5
Sonstige Kreise in Westdeutschland	51,9	56,2
Ostdeutsche Großstädte	42,6	45,1
Sonstige Kreise in Ostdeutschland	46,5	51,2
Bundesdurchschnitt	48,8	52,7

2040: Prognose

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

rung. So kamen allein seit Februar 2022 rund 1,3 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Deutschland.

Daneben gibt es einen zweiten Grund für den steigenden Bedarf an Wohnraum: den immer höheren Pro-Kopf-Wohnflächenkonsum. Aufgrund des wachsenden Wohlstands und des Trends zu kleineren Haushalten wird der Platzbedarf weiter steigen (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2021 lebte jeder Einwohner in Deutschland im Schnitt auf knapp 49 Quadratmetern, im Jahr 2040 dürften es annähernd 53 Quadratmeter sein.

Das größte Plus mit fast fünf Quadratmetern wird es in den Landkreisen in Ostdeutschland geben – hier beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person im Jahr 2040 voraussichtlich rund 51 Quadratmeter. Diese hohe Dynamik in den ostdeutschen Landkreisen ist darauf zurückzuführen, dass es dort nach wie vor einen Aufholprozess sowie eine Angleichung der Einkommen und Löhne an das westdeutsche Niveau gibt. Den meisten Platz beanspruchen allerdings auch künftig die Bewohner in den westdeutschen Landkreisen mit gut 56 Quadratmetern pro Kopf.

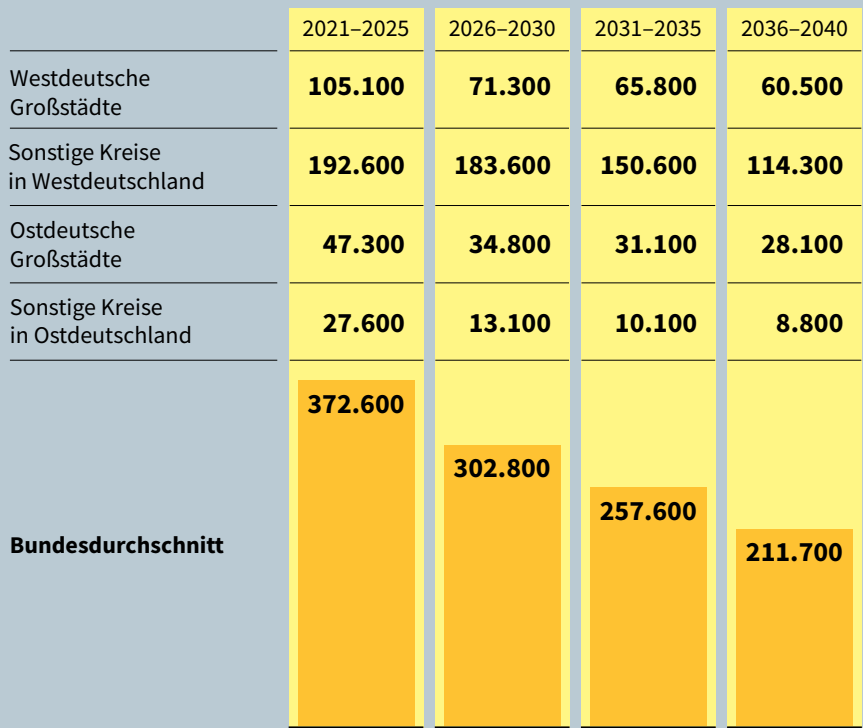
Aktuell leben noch viele Menschen auf wesentlich weniger Quadratmetern. Im Jahr 2023 wurden nämlich bundesweit lediglich 294.000 Wohnungen gebaut. Deutlich zu wenig, wie die IW-Studie zeigt (Grafik):

Zwischen 2021 und 2025 müssten jedes Jahr rund 370.000 neue Wohnungen in Deutschland fertiggestellt werden, um den Bedarf zu decken.

Unterm Strich fehlten damit allein im vergangenen Jahr knapp 80.000 Wohnungen. Allerdings ist der Wohnungsmangel nicht überall gleich groß. Besonders weit fallen Bautätigkeit und Wohnungsbedarf

Der Bedarf nach Wohnungen sinkt

So viele Wohneinheiten müssten jährlich in Deutschland neu gebaut werden, um den Bedarf zu decken



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

iwd

derzeit in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie in Sachsen und Thüringen auseinander, wo die Lücke zwischen 52 und 67 Prozent beträgt. Am anderen Ende der Skala rangieren Niedersachsen, Brandenburg, das Saarland und Bayern, wo immerhin mehr als 90 Prozent der jeweiligen Wohnungsbedarfe gebaut werden. Nur in einem Bundesland liegt eine Überdeckung vor: In Sachsen-Anhalt entsteht mit einer Quote von 109 Prozent mehr Wohnraum als benötigt.

Besonders groß ist der Wohnungsmangel in den Großstädten. In Köln wurde der Bedarf an neuen Wohnungen in den vergangenen drei Jahren nur zu 37 Prozent gedeckt, Stuttgart kam auf eine Quote von 43 Prozent und Berlin auf 52 Prozent. Von den sieben größten Städten

schnitt München, das allerdings kaum noch wächst, mit einer Bedarfsdeckung von 93 Prozent am besten ab.

Während die Lage aktuell nahezu flächendeckend sehr angespannt ist und dies auch noch einige Jahre so bleiben wird, dürfte sie sich langfristig etwas normalisieren. Denn der Bedarf an Wohnraum geht bis 2040 voraussichtlich überall zurück. Das liegt daran, dass zwar die Pro-Kopf-Wohnflächen stetig weiter zunehmen werden, aber wohl weniger Menschen zuwandern und die Lebenserwartung nicht mehr signifikant zulegt.

Gutachten

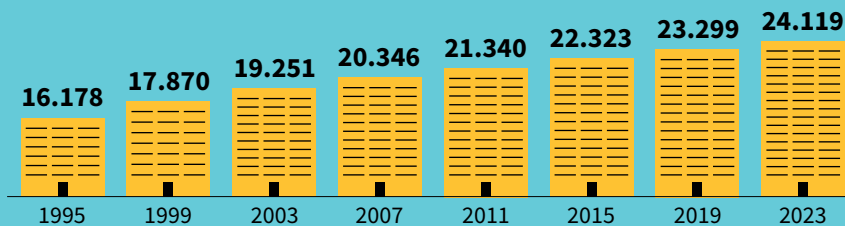
Philipp Deschermeier, Ralph Henger, Michael Voigtländer: Mehr Wohnungsmangel durch steigende Bedarfe und sinkende Bautätigkeit iwkoeln.de/wohnbedarf

Bauwirtschaft in Zahlen

Baubranche. Der Bausektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands. In den vergangenen Jahren hatte sie allerdings mit Problemen zu kämpfen.

Gebauter Kapitalstock wächst

Preisbereinigtes Bruttoanlagevermögen in Bauten in Deutschland in Milliarden Euro



Zurückschreibung der nominalen Werte mit 2023 als Referenzjahr; Bauten: Gebäude und sonstige Bauten wie zum Beispiel Straßen, Brücken, Tunnel oder Parks

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

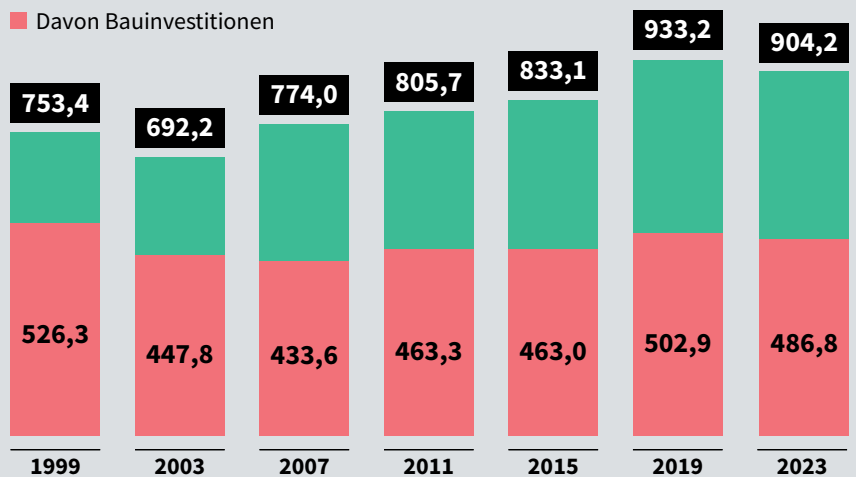
iwd

Kapitalstock. 84 Prozent des gesamten volkswirtschaftlichen Kapitalstocks der Bundesrepublik entfallen auf Bauten – dazu zählen neben Gebäuden zum Beispiel Straßen, Brücken, Tunnel und Parks. Seit 1991 ist das verbaute Bruttoanlagevermögen hierzulande von rund 14,4 Billionen Euro um mehr als zwei Drittel auf gut 24,1 Billionen Euro gestiegen. Das ist vor allem auf den Wohnbaubestand zurückzuführen, der 2023 rund 60 Prozent der Gesamtsumme ausmachte.

Investitionen. Zwar stiegen die Investitionen von Staat, Unternehmen und Privathaushalten in den Jahren vor der Coronapandemie kontinuierlich, der Anteil der Bauinvestitionen daran ging allerdings zurück. 2003 entfielen noch gut 65 Prozent der gesamten Investitionen auf diesen Sektor, 20 Jahre später waren es rund 11 Prozentpunkte weniger. Verantwortlich dafür ist vor allem die seit zwei Dekaden stagnierende Investitionstätigkeit des Staates im Baugewerbe – dabei muss Deutschland angesichts bröckelnder Straßen, maroder Brücken und veralteter Wohn- und Schulgebäude unbedingt Geld in die Hand nehmen, um wettbewerbsfähig zu bleiben (siehe iwd 11/2024).

Investitionen: Anteil der Baubranche sinkt

Preisbereinigte Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland in Milliarden Euro



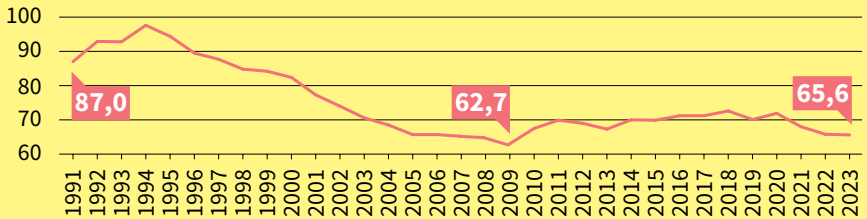
Zurückschreibung der nominalen Werte mit 2023 als Referenzjahr; Investitionen: von Staat, Unternehmen und privaten Haushalten

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Wertschöpfung der Baubranche: Erneuter Abwärtstrend

Preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in Deutschland in Milliarden Euro



In Werten des Jahres 1991

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



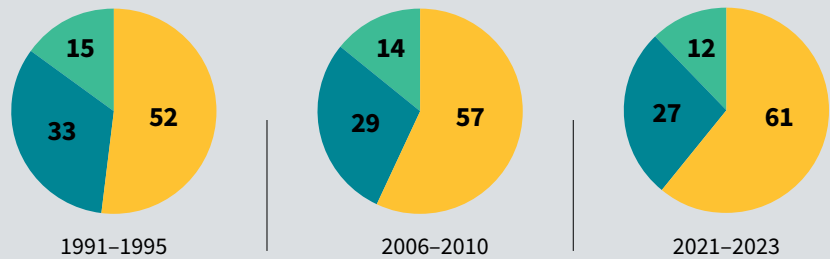
Wertschöpfung. Die Bauwirtschaft steuerte im Jahr 2019 mehr als 5 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland bei – rechnet man die Vorleistungen ein, waren es sogar 7,5 Prozent. Aufgrund gestiegener Zinsen, höherer Energie- und Materialkosten sowie Lieferengpässen sank die Wertschöpfung im Baugewerbe zuletzt aber – im vergangenen Jahr lag sie um rund 6,4 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019.

Arbeitsmarkt. Der allgegenwärtige Fachkräftemangel beschäftigt auch den Bausektor. Ende 2023 gab es in den mehr als 70 verschiedenen Bauberufen rund 116.000 offene Stellen für Personen mit entsprechender Ausbildung – fast doppelt so viele wie Ende 2010. Besonders dramatisch ist die Situation in der Bauelektrik und dem Tiefbau, beide Jobs zählen zu den fünf größten Engpassberufen in Deutschland. Und Besserung ist nicht in Sicht: 2023 blieb rund jeder sechste Ausbildungsplatz in der Bauwirtschaft unbesetzt.

Wohnungsbau wird wichtiger

So viel Prozent der nominalen Bauinvestitionen entfielen auf diese Bauarten

Wohnbau Gewerbebau Öffentlicher Bau



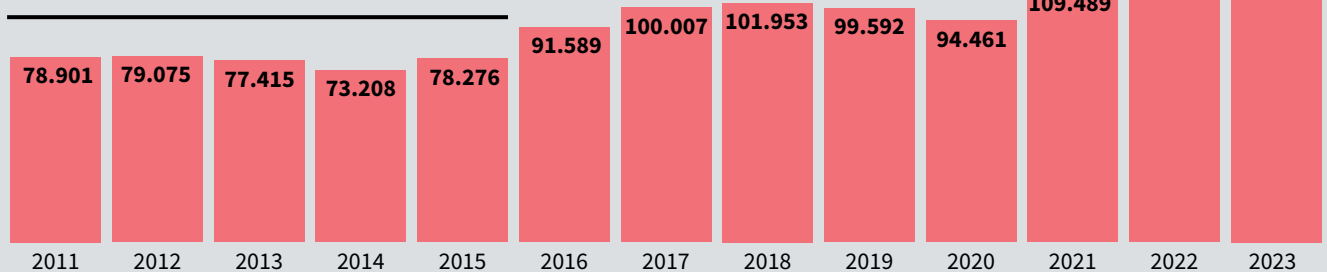
Durchschnitte der jeweiligen Zeiträume

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Fachkräftemangel auch in Baubranche akut

Offene Fachkraftstellen in Bauwirtschaftsberufen



Jahresdurchschnitte; Fachkraft: Person mit abgeschlossener Ausbildung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Gutachten

Michael Voigtländer et al.: Volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft iwkoeln.de/bauwirtschaft

Gut investiert

Bauinvestitionen. Der Bausektor in Deutschland braucht dringend zusätzliche Investitionen. Wenn mehr Geld in die Branche fließt, hätte das auch positive Effekte auf die Gesamtwirtschaft, wie das IW anhand einer Modellrechnung ermittelt hat.

Deutschland muss investieren. Besonders die Baubranche braucht mehr finanzielle Mittel – aus drei Gründen: Erstens wächst die Bevölkerung in Deutschland, daher benötigen mehr Menschen eine Wohnung (siehe Seiten 8–9). Zweitens gilt es, den erheblichen öffentlichen Sanierungsstau in der Infrastruktur aufzuheben, damit Deutschland ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibt (siehe iwd 11/2024). Und drittens gibt es ambitionierte Klimaschutzziele in diesem Sektor: Der Gebäudebestand hierzulande soll bis 2045 klimaneutral sein – laut Schätzungen verschiedener Institute muss die bisherige jährliche Sanierungsrate dafür um 50 bis 100 Prozent gesteigert werden.

Wie viele zusätzliche Mittel in der Baubranche genau nötig sind, hat nun das IW berechnet:

Um den Wohnungsbedarf zu befriedigen, die marode Infrastruktur zu sanieren und die Klima-

schutzziele zu erreichen, braucht Deutschland im Idealfall bis zum Jahr 2030 zusätzliche Bauinvestitionen in Höhe von gut 720 Milliarden Euro.

Diese Summe ist allerdings aufgrund von Haushaltsbeschränkungen und Schuldenregeln utopisch. Realistisch machbar wäre ein jährliches Plus der Bauinvestitionen zwischen 2025 und 2030 von 10 Prozent. Das wären in der Summe gut 340 Milliarden Euro bis 2030.

Die positiven Effekte dieser Mehrausgaben haben die IW-Wissenschaftler mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics im Vergleich zu einem Basisszenario ohne den zusätzlichen Investitionsimpuls berechnet. Das Ergebnis (Grafik):

Werden die zusätzlichen, realistisch erreichbaren Investitionen umgesetzt, läge das reale BIP in Deutschland im Jahr 2030 fast 31 Milliarden Euro höher als im Basisszenario – eine Zunahme von rund 1 Prozent.

Der Kapitalstock wäre um gut 115 Milliarden Euro größer, private Investitionen und Konsum würden ebenfalls angekurbelt. Besonders die großen Effekte auf den Kapitalstock würden auch die Produktivität steigern und so die deutsche Wirtschaft mittelfristig stärken.

Um diese Investitionen möglich zu machen, muss die Politik handeln. So sollte die Regierung unter anderem – vor allem im Umland von Großstädten – mehr Bauland ausweisen, das Personal in Bauämtern aufstocken sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisieren und damit beschleunigen.

Baubranche: Wichtiger Investitionsimpuls

Das IW hat ausgehend von einem Basisszenario für die Bauwirtschaft errechnet, wie sich eine zusätzliche, realistisch erreichbare Investitionssumme von 340 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 auswirken würde. Um so viele Milliarden Euro würden in diesem Fall die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren steigen.

Reales Bruttoinlandsprodukt	30,8
Privater Konsum	1,6
Private Investitionen	3,4
Kapitalstock	115,4

Basisszenario: Prognostizierte Entwicklung ohne zusätzlichen Investitionsimpuls

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten

Michael Voigtländer et al.:

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft
iwkoeln.de/bauwirtschaft

Assis für die Personalabteilung

Digitalisierung. Künstliche Intelligenz (KI) erleichtert Beschäftigten bereits in vielen Bereichen den Arbeitsalltag. In den Personalabteilungen könnte KI besonders bei zeitintensiven Routineaufgaben unterstützen, sagen die Personalverantwortlichen.

Künstliche Intelligenz verändert unseren Arbeitsalltag rasant. Viele Unternehmen überlegen derzeit, wie sie die Technik am besten einsetzen. Das IW hat mit seinem IW-Personalpanel – einer Befragung von Personalverantwortlichen – untersucht, wo diese den Einsatz von KI sinnvoll finden und welche Aufgaben wohl auch künftig dem Menschen vorbehalten bleiben (Grafik):

Drei von fünf Personalern hoffen, dass KI sie bei routinemäßigen und zeitaufwendigen Aufgaben entlasten kann – dazu zählen die Urlaubsplanung und das Erstellen von Schichtplänen.

Fast die Hälfte der Personalermöchte mithilfe von KI Stellenanzeigen formulieren. Allerdings ist das Schreiben von fehlerfreien Texten noch nicht die größte Stärke von textbasierten KI-Tools – sie „halluzinieren“ aufgrund ihrer Konstruktion gerne mal Inhalte.

Dagegen können derzeitige KI-Tools meist fehlerfrei Muster erkennen und große Datensätze analysieren. Das Potenzial sehen auch die Befragten:

40 Prozent der Personalverantwortlichen wollen mithilfe von KI systematisch Weiterbildungsangebote durchsuchen.

Sie hoffen, ihren Beschäftigten so passgenaue Weiterbildungsmaßnahmen empfehlen zu können.

Für weniger sinnvoll halten sie den KI-Einsatz bei der Kommunikation mit Bewerbern. Der Grund: Es geht nicht nur darum, Fragen zu beantworten oder Informationen zu teilen – der Austausch mit Bewerbern ist bereits Teil des Kennenlernens und des Onboardings. Diese Aufgabe wollen die Personalerm nicht in „die Hände“ der KI geben.

Die IW-Studie zeigt, dass die generelle Bereitschaft der Personalverantwortlichen, KI in ihre Arbeit einzubinden, auch von betrieblichen Merkmalen abhängt:

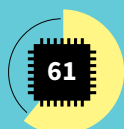
Unternehmensgröße. Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten schätzen das Unterstützungspotenzial von KI in allen Kategorien mindestens 20 Prozentpunkte höher ein als Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten.

Grad der Digitalisierung. Gut digitalisierte Unternehmen stufen KI häufiger als sinnvolle Unterstützung ein als weniger stark digitalisierte Unternehmen. Schließlich gilt: Je besser ein Unternehmen digitalisiert ist, umso effektiver lässt sich KI über alle Prozesse hinweg einsetzen.

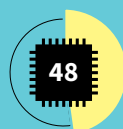
Künstliche Intelligenz: Assistenz in der Personalabteilung

So viel Prozent der Personalverantwortlichen in Deutschland stufen den Einsatz von KI für diese Aufgaben als sinnvoll ein

Entlastung bei Routineaufgaben



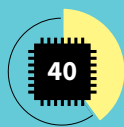
Formulierung von Stellenanzeigen



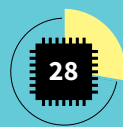
Verfügbare Weiterbildungsangebote ermitteln



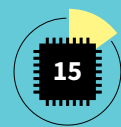
Individuelle Weiterbildungsmaßnahme für Beschäftigte empfehlen



Kandidaten für Stellenbesetzung proaktiv identifizieren



Kommunikation mit Bewerbern und Interessenten



Befragung von 752 Personalverantwortlichen von Oktober 2023 bis Januar 2024
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Bürokratie schlägt Leidenschaft

Arbeitsmarkt. Die meisten Selbstständigen in Deutschland sind gerne unabhängig und genießen ihre beruflichen Freiheiten. Gleichzeitig leiden sie unter bürokratischen Hürden – und das so sehr, dass einige darüber nachdenken, die Selbstständigkeit aufzugeben oder ins Ausland zu ziehen.

Berufung statt Beruf: Für viele Selbstständige in Deutschland ist ihre Tätigkeit mehr als das Mittel, den Lebensunterhalt zu verdienen. In einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft von mehr als 6.000 Selbstständigen gaben im

Herbst 2023 mehr als 90 Prozent von ihnen an, „von ganzem Herzen selbstständig tätig“ zu sein.

Das selbstbestimmte Arbeiten ist ihnen besonders wichtig, ebenso die Möglichkeit, sich die Zeit frei und flexibel einteilen zu können. Ein

weiterer wichtiger Grund für die unabhängige Tätigkeit ist der Fokus auf die eigenen Stärken. All das führt dazu, dass es Selbstständigen in der Regel im Beruf gut geht:

Mehr als 80 Prozent der Selbstständigen sind in hohem Maße mit ihrer Arbeit zufrieden. Damit sind sie zufriedener als abhängig Beschäftigte.

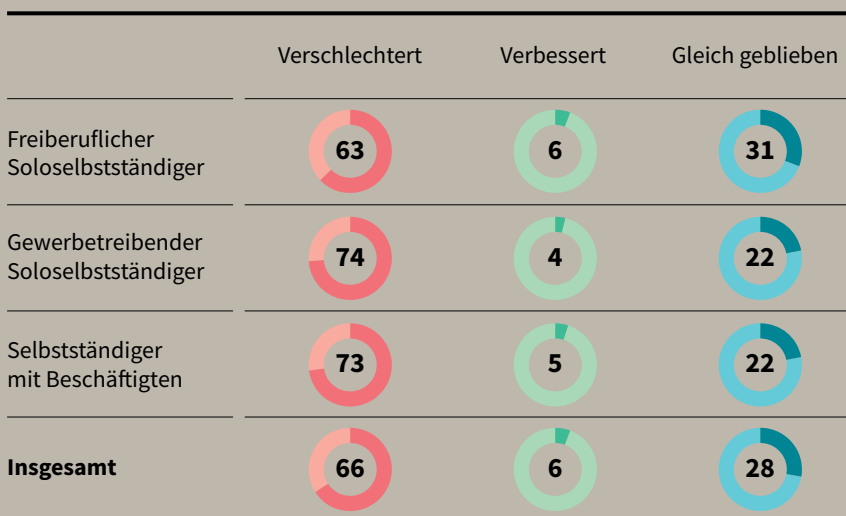
Also alles in Ordnung bei den Unternehmern? Nur auf den ersten Blick. Denn viele der Selbstständigen in Deutschland haben ein großes Problem mit dem Rahmen, den ihnen Recht und Behörden setzen. Diese Situation hat sich in den vergangenen Jahren zugespitzt (Grafik):

Für zwei Drittel der Selbstständigen haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren beziehungsweise seit Beginn ihrer Selbstständigkeit verschlechtert.

Besonders kritisch sehen die gewerblichen Soloselbstständigen die Lage. Drei Viertel von ihnen klagten über schlechtere rechtliche Bedingungen.

Selbstständige sehen mehr rechtliche Hürden

Für so viel Prozent der Selbstständigen in Deutschland haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren beziehungsweise seit Beginn ihrer Selbstständigkeit so entwickelt



Befragung von 4.821 Selbstständigen zwischen Juli und September 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Ein großes Problem aus Sicht der Selbstständigen sind die Statusfeststellungsverfahren. Mit diesen Verfahren prüft die Deutsche Rentenversicherung, ob die Selbstständigen tatsächlich selbstständig arbeiten oder es sich um eine Scheinselbstständigkeit handelt. In der IW-Befragung gaben 21 Prozent der Teilnehmer an, von einem solchen Verfahren schon betroffen gewesen zu sein. Ein Fünftel von ihnen hat das Verfahren selbst veranlasst, um sich die Selbstständigkeit bestätigen zu lassen.

Das Wissen über Inhalt und Ablauf ist bei vielen ausbaufähig:

58 Prozent der Selbstständigen sind nach eigener Aussage kaum über das Statusfeststellungsverfahren informiert oder fühlen sich davon sogar überfordert.

Selbst unter jenen, die von einem Verfahren betroffen waren oder es gerade durchlaufen, ist die Quote nur unwesentlich besser.

Diese Unsicherheit hat Folgen für die Betroffenen (Grafik):

Knapp 60 Prozent der Selbstständigen, die von einem Verfahren betroffen sind oder waren, haben dadurch zusätzlichen Aufwand bei der Akquise von Aufträgen.

Das betrifft vor allem die Soloselbstständigen. Auftraggeber schrecken teilweise davor zurück, mit ihnen zusammenzuarbeiten, zum Beispiel weil sie im Falle einer festgestellten Scheinselbstständigkeit rückwirkend Sozialabgaben für den formal Selbstständigen zahlen müssten. Den Effekt spüren sogar die

Bürokratie belastet Selbstständige mehrheitlich

So viel Prozent der Selbstständigen, die von einem Statusfeststellungsverfahren betroffen waren, geben diese Folgen daraus an

Zusätzlicher Aufwand bei Akquise	59,7
Erwogen, ins Ausland zu ziehen	35,6
Aufträge verloren	33,2
Erwogen, Selbstständigkeit zu beenden	29,6
Angebot als Beschäftigter erhalten	25,5
Angebot als Zeitarbeitnehmer erhalten	19,9
Zusätzliche Investitionen/Weiterbildung	17,6
Bestärkt als Selbstständiger	15,2
Investitionen/Weiterbildung zurückgestellt	9,0

Statusfeststellungsverfahren: Von der Deutschen Rentenversicherung durchgeführtes Prüfungsverfahren, um Scheinselbstständigkeit zu vermeiden; Befragung von 2.431 Selbstständigen zwischen Juli und September 2023
Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



Selbstständigen, die noch gar kein Verfahren durchlaufen haben, wenn auch nicht ganz so stark.

Aufgrund dieser Unsicherheit und der negativen Auswirkungen der Bürokratie hat mehr als ein Drittel der befragten Selbstständigen erwogen, ins Ausland zu ziehen. Mehr als ein Viertel hat darüber nachgedacht, die Selbstständigkeit zu beenden. Dies betrifft überdurchschnittlich häufig IT-Freelancer, die hohe Einkommen erzielen. Ange-

sichts der Tatsache, dass die Zahl der Selbstständigen in Deutschland seit Jahrzehnten rückläufig ist, ist das ein alarmierendes Signal. Der rechtliche Rahmen muss dringend überarbeitet und vereinfacht werden, um das Arbeiten als Freiberufler in Deutschland wieder attraktiver zu machen.

Gutachten

Holger Schäfer, Oliver Stettes, Thomas Schleiermacher: Unternehmerisches Selbstverständnis von Selbstständigen in Deutschland
iwkoeln.de/selbststaendigkeit

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche**297.000**

Personen arbeiteten 2023 in der Europäischen Union im Bereich Wassertransport. Sie bewegten also Menschen oder Waren auf Meeren und Flüssen von A nach B oder waren auf einem Kreuzfahrtschiff oder Sightseeingboot beschäftigt. Die meisten europäischen Berufs-Seefahrer stammten im vergangenen Jahr aus Griechenland – nämlich 49.200; auf Rang zwei folgten die Italiener mit 41.200; den dritten Platz teilten sich die Niederlande und Polen mit je rund 24.200 Menschen. Dahinter rangiert Deutschland mit 22.800 Personen. Am Ende der Rangliste findet sich Litauen mit lediglich 2.000.

Doch egal wo: Der Wassertransport ist nach wie vor männlich geprägt – Männer stellen in der EU 79 Prozent, Frauen nur 21 Prozent der Beschäftigten.

Für den europäischen Arbeitsmarkt spielt der Wassertransportsektor derweil nur eine untergeordnete Rolle. Denn die entsprechend Erwerbstätigen machen lediglich 0,15 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus; die lag 2023 bei fast 196 Millionen Menschen. Gleichwohl hat beispielsweise die Blockade des Suez-Kanals durch einen havarierten Frachter eindrücklich gezeigt, wie wichtig der Wassertransport für die globalisierte Wirtschaft ist.

Top-Liste: Konsumausgaben

Dänemark, Irland, Luxemburg – das sind die drei EU-Staaten, in denen die Bürger im europäischen Vergleich im Jahr 2023 besonders hohe Konsumausgaben hatten. Beim Spitzenreiter Dänemark lagen sie mehr als 43 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Deutschland landet auf dem zehnten Platz, knapp hinter Frankreich. In beiden Staaten haben die Einwohner für ihren Konsum etwa 10 Prozent mehr ausgegeben als im EU-Durchschnitt. Am anderen Ende der Rangliste finden sich laut Eurostat drei osteuropäische Staaten: Polen, Rumänien und Bulgarien. In Bulgarien lagen die Konsumausgaben demnach gut 40 Prozent unter dem europäischen Mittelwert. Entsprechende länderübergreifende Vergleiche der Preisniveaus sind sinnvoll, weil relativ höhere Preise dazu führen können, dass ein höheres BIP in einem Land nicht zwingend zu mehr Kaufkraft führt.

Für Dänen und Iren ist das Leben besonders teuer

Preisniveau der Konsumausgaben in den teuersten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahr 2023, EU-Durchschnitt = 100

